

„Der Preis der Sicherheit im Sahel. Mobilität, Entwicklung und Europäische Interessen“

Diskussionsstand einer Fachtagung von
Brot für die Welt und Fokus Sahel
am 13.12.2018 in Berlin

Brot
für die Welt

FOKUS
SAHEL

Kontakt:
Floretta Kayales, Regionalreferentin Sahel
Floretta.kayales@brot-fuer-die-welt.de

Kontakt:
Grit Lenz, Koordinatorin Fokus Sahel
fokus_sahel.lenz@yahoo.de

Zusammenfassung der Kernerkenntnisse der Fachtagung aus Sicht von

Dr. Gilles Yabi, (Wathi Think Tank)

- 1) Migration ist eine Realität innerhalb des afrikanischen Kontinents
Die in Europa geführte Debatte um Migration konzentriert sich hauptsächlich auf die Migration aus dem afrikanischen Kontinent nach Europa. Demgegenüber ist die Migration innerhalb des afrikanischen Kontinents quantitativ weit bedeutender, wird jedoch nur unzureichend in den Blick genommen.
- 2) Strukturelle Faktoren wie Bildung, Gesundheit und Arbeit beeinflussen die Migration
Aus den Diskussionen ging hervor, dass übergeordnete Bereiche wie Zugang zu und Qualität von Bildung, Gesundheit sowie Zugang zum Arbeitsmarkt und Sicherung des ökonomischen Auskommens (oder deren jeweiliges Fehlen) Entscheidungen zu Migration maßgeblich mit beeinflussen können. Eine stärkere Berücksichtigung dieser Aspekte in politischen Diskussionen sowie Handlungsentscheidungen wird daher angemahnt.
- 3) Migration ist eine Normalität, befeuert durch Wirtschaft, gewaltsame Konflikte und Arbeit
Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent und insbesondere die Sahelregion war und ist (saisonale) Migration der Normalfall, sie ist Teil der kulturellen Identität und der Anpassung an die Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Gegebenheiten. Dieser Normalzustand wird durch Wirtschaft, Sicherheit und Arbeit beeinflusst, bildet aber dennoch kein Ausnahmephänomen, wenngleich es vielfach so dargestellt wird. Migrationsbewegungen haben schon seit jeher alle Weltregionen geprägt und betroffen.
- 4) Migration hat eine starke demografische Perspektive, ist also ein großes Zukunftsthema
Die demografische Entwicklung stellt viele Länder Afrikas vor große Herausforderungen. Der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in Zukunft weiter ansteigen. Angesichts der skizzierten Faktoren Bildung, Gesundheit und Arbeit ist mit einer weiteren Verschärfung der Situation zu rechnen, für die dringend tragfähige, langfristige Lösungsansätze entwickelt werden müssen.
- 5) Migration ist riskant
Tagtäglich verlieren Menschen ihr Leben, bei dem Versuch, die Wüste zu durchqueren oder auf Booten europäische Gewässer zu erreichen. Es ist bekannt, dass die europäische Grenze am Mittelmeer derzeit die tödlichste Grenze weltweit ist.
- 6) Die (europäische) Migrationspolitik führt zu einer Militarisierung im Sahel
Die Externalisierung der europäischen Migrationspolitik und ihre sicherheitsbezogene Schwerpunktsetzung befördert die Versicherheitlichung im Sahel. Dies äußert sich durch verstärkte Grenzkontrollen, Export von Sicherheitstechnik sowie Schulungen von Sicherheitspersonal. Präventions- oder Abwehrpolitik gegenüber Migration ist hauptsächlich an Sicherheitsmaßnahmen orientiert.
- 7) Die Militarisierung führt zur Verschlechterung der Sicherheitslage
Trotz der Militärpräsenz internationaler Missionen und der G5 hat sich die Sicherheitslage in Mali verschlechtert. Es herrscht vielerorts Gewalt, die politischen Bedingungen sind festgefahren. Dies wirkt sich negativ auf die Sicherheit der Bevölkerung aus.
- 8) Sozio-ökonomische Auswirkungen von Migration und Nicht-Migration
Migration hat sozio-ökonomische Auswirkungen, sowohl für diejenigen, die migrieren, als auch für diejenigen, die nicht migrieren. Ein ganzheitlicher Blick auf Dynamiken und Kontexte in denen Migration (nicht) stattfindet, und durch wen, ist notwendig.
- 9) Geteilte Verantwortung für afrikanische Staaten und Internationale Akteure
Afrikanische Staaten und internationale Akteure haben eine geteilte Verantwortung für eine menschenrechtsorientierte und faire Gestaltung der Migrationspolitik. Im Zuge der Auslagerung der europäischen Migrationspolitik werden die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerungen vor Ort nur unzureichend berücksichtigt.
- 10) Ausblick: Perspektiven der Jugend sind vor allem Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Möglichkeiten
Um längerfristige nachhaltige Veränderungen zu erzielen, müssen die grundlegenden Bereiche Bildung und Gesundheit wieder in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese bieten Perspektiven für die Jugend und verbessern die Lebenssituation der bestehenden und zukünftigen Generationen nachhaltig. Die Versicherheitlichung der Migrationspolitik ist jedoch keine nachhaltige Strategie, um strukturelle Ursachen für erzwungene Migration zu adressieren. Die wahren Herausforderungen stehen nicht im Mittelpunkt der aktuellen Politik.

Key Notes

Prof. Dr. Tobias Debiel, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

„Was treibt Menschen fort? Ursachen und Szenarien westafrikanischer Migration und Flucht nach Europa“

Menschen befinden sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt in Bewegung, sei es als Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Asylsuchende oder als MigrantInnen auf der Suche nach besseren (Überlebens-) Bedingungen. Es wird immer schwieriger, den Status von Menschen zu bestimmen, die ihre Heimat verlassen. Dies gilt insbesondere für Menschen, deren natürliche Lebensgrundlagen etwa durch klimabedingte Umweltschäden verloren gehen. Oder auch für Menschen, die zunächst vor Krieg und Gewalt fliehen – und dann von diesem Zufluchtsort weiter wandern. Der Großteil der Menschen, die in Westafrika migrieren, flüchten oder binnenvertrieben sind, verbleibt in der Region. Folgende Gründe bestehen für derartige Mobilitätsbewegungen:

- Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Degradation durch Raubbau und Klimawandel
- Mangel an wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten, etwa in Folge kolonial bedingter, asymmetrischer Einbindung in die Weltwirtschaft, aber auch aufgrund von Landgrabbing, Misswirtschaft und Korruption
- demographische Entwicklung und Arbeitslosigkeit vor allem der jungen Bevölkerung
- politische Unfreiheit und Repression
- schlechte Regierungsführung
- politische Gewalt und Konflikte (aktuell besonders im Sahel)

Die EU reagiert im Sahel vornehmlich mit Externalisierung und Militarisierung sowie der Verschränkung von Flüchtlings- und Migrationspolitik mit Entwicklungs-, Außen- und Verteidigungspolitik: Frontex wurde ausgebaut, Militäreinsätze finden statt, die G5 Sahel Joint Force der Länder Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad wird mit einer Zusage von 100 Millionen Euro unterstützt. Die Verlagerung von Waffen in Konfliktgebiete gefährdet dabei tendenziell auch Schutzbedürftige.

Nach dem Valletta-Gipfel von 2016 wurde der *EU Emergency Trust Fund for Africa* (EUTF) mit ca. 1,8 Mrd. EUR bis 2020 aufgelegt, Migrationspartnerschaften wurden u.a. mit Mali und Niger geschlossen. Es gibt unterschiedliche Initiativen wie den Marshallplan mit Afrika, *Compact with Africa*, EU External Investment Plan, welche zunehmend auch mit „Fluchtursachenbekämpfung“ begründet werden. Doch wurde etwa der Marshallplan mit Afrika ohne die Betroffenen konzipiert. Die Pläne vernachlässigen zudem, dass auch bei erfolgreicher Umsetzung mittelfristig Anreize für Migration bestehen bleiben. In der Diskussion um die Reichweite von Entwicklungspolitik sollte berücksichtigt werden, dass verstärkte Entwicklungszusammenarbeit zwar Lebensverhältnisse vor Ort verbessern helfen kann, doch Wanderungsbewegungen bestehen bleiben werden. So hat etwa eine Untersuchung aufgezeigt, dass zunehmender Wohlstand zunächst auch mehr Möglichkeiten für Migration eröffnet. Erst ab einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. 11.000 US\$ pro Jahr nimmt demnach die Wanderungsbereitschaft ab. Dies ist deutlich höher als der derzeitige Entwicklungsstand in den meisten Ländern Afrikas.

„Der Sahel im Spiegel der Zeit: strukturelle Ursachen für Fragilität“

Die Militarisierung der Sahelzone und Westafrikas, vor allem durch Frankreich, die Europäische Union und die Vereinten Nationen, hat sich seit Beginn der Operation Serval im Jahr 2013 als Reaktion auf den politischen und militärischen Zusammenbruch des malischen Staates, der mit mehreren bewaffneten Gruppen im Norden zu kämpfen hatte, weiter fortgesetzt. Die Gefahren, welche der „Krieg gegen den Terrorismus“ unter externer strategischer Führung für die Umsetzung von Frieden und Sicherheit mit sich bringen, werden kaum thematisiert. Es wird zwar nicht davon ausgegangen, dass die derzeitigen extremistischen Gruppierungen komplett ohne militärische Intervention bekämpft werden können, noch, dass die Situation im Sahel heute ohne eine westliche Militärintervention besser wäre. Doch trotz der vielen militärischen Einsätze der letzten Jahre (Serval, Barkhane, MINUSMA) hat sich v.a. in Mali die Anzahl bewaffneter Gruppen und die Ausweitung ihrer Intervention im Land selbst, in den Grenzregionen zu Niger sowie in Burkina Faso vervielfacht und regional erheblich erweitert. Anschläge und Überfälle finden nicht mehr nur in entlegenen schwer zugänglichen Wüstenorten statt, sondern auch in Hauptstädten und dicht besiedelten Gebieten. Die Agenda bewaffneter Gruppen ist noch unklarer als zuvor und lokale Konflikte zwischen ethnischen Gemeinschaften um Ressourcen werden stärker instrumentalisiert. Die Situation in Zentralmali, die heute besorgniserregender als im Norden des Landes ist, untermauert das. Neben den djihadistischen Gruppen gibt es heute bewaffnete Milizen, welche die Interessen verschiedener ethnischer Gemeinschaften verteidigen, was eine viel ernstere und dauerhaftere Bedrohung für Frieden und Sicherheit darstellt als djihadistischer Terrorismus.

Gründe für die derzeitige prekäre Sicherheitslage im Sahel werden an unterschiedlichen Faktoren festgemacht. Hierzu gehören:

- jahrelange Zugeständnisse vieler RegierungsvertreterInnen (Staatschefs, politische Eliten und Militärführer) an unterschiedliche irreguläre bewaffnete Gruppen
- Vernachlässigung der Bedürfnisse der Bevölkerung in ländlichen entlegenen Gebieten
- Die destabilisierende Auswirkung der internen sicherheits- und politischen Schwierigkeiten der nordafrikanischen Nachbarländer (Algerien und Libyen)
- Anstieg der organisierten Kriminalität und insbesondere des Drogenhandels in der Sahelzone und in Westafrika
- Zahlung von Lösegeldern in Höhe von Millionen Euro durch europäische Länder an kriminelle Gruppen für die Freilassung ihrer als Geiseln genommenen Staatsangehörigen

Auch die politische Geschichte der Sahel-Länder, während und nach der Kolonialzeit ist ein wichtiger Aspekt der gegenwärtigen Situation, die für zukünftiges Handeln nicht vernachlässigt werden sollte. Aus der heutigen Krise v.a. in Mali muss eine wichtige Lehre gezogen werden: Ein Demokratisierungsprozess darf nicht mit dem Prozess des Staatsaufbaus verwechselt werden. Eine Demokratisierung, die sich darin widerspiegelt, dass BürgerInnen die Möglichkeit haben, ihre politischen VertreterInnen frei zu wählen, garantiert noch keine gute Regierungsführung. Sie garantiert auch nicht die Bereitstellung von grundlegenden Gesundheits-, Bildungs-, Sicherheits- und Wirtschaftsförderungsleistungen zum Wohle der Bevölkerung.

Aus den Ländern der Sahelzone gibt es derzeit keine großen Migrationsbewegungen nach Europa. Migration in der Sahelzone spielt sich – wie in den letzten Jahrhunderten auch – weiterhin primär im regionalen und kontinentalen Raum ab. Die möglichen Bevölkerungsbewegungen werden jedoch signifikant größer, wenn sich die Lebensbedingungen und die Sicherheitssituation der Menschen weiterhin nur verschlechtern. Im Sahel, wie überall auf der Welt, ist der beste Weg, sich auf eine bessere Zukunft vorzubereiten, jungen Menschen Gründe zu geben, an die Möglichkeit einer besseren Zukunft zu glauben.

Länderfokus Mali

Einführende Vorträge

Dr. Bréma Ely Dicko, Université de Bamako

Die Sahel Zone und insbesondere Mali sind gleichermaßen zu einem Laboratorium für (europäische) Sicherheitspolitik geworden. Angesichts der fortdauernden Krisen wird Mali aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch in 10 Jahren im Fokus von internationalen Stabilisierungs- und Sicherheitsinitiativen stehen. Politisch hat sich das Land seit dem Jahr 2012 kaum stabilisieren können. Die Zentralregierung ist nur innerhalb eines sehr begrenzten Territoriums in der Lage, ihr Gewaltmonopol auszuüben. Lokale Governance-Institutionen sind nicht mehr maßgeblich in Entscheidungs- und Steuerungsprozesse involviert: die Beteiligung lokaler Chefs wurde auf die Eintreibung von Steuern reduziert, was ihrerseits zu vielen Frustrationen führte. Kommunen/ BürgermeisterInnen können Programme und Projekte mangels Ressourcen nicht umsetzen und erleiden dadurch einen massiven Bedeutungsverlust. Auch die Erwartungen an Nichtregierungsorganisationen wurden oft enttäuscht, sie erzielen mit ihrer Arbeit nicht die erhofften Ergebnisse. Weite Teile des Staatsgebiets werden von Milizen unterschiedlichster Zugehörigkeit kontrolliert, die zunehmend grenzüberschreitend aktiv sind. Diese Situation kann dazu führen, dass sich bestehende Spannungen weiter verschärfen und auch Konflikte mit den Nachbarländern zunehmen. Gegenwärtig kann keine Region Malis als sicher eingestuft werden, in allen Gebieten kommt es zu Fällen von Gesetzesverletzungen durch nicht-staatliche Gewaltakteure. Aber auch auf Seiten der staatlichen Sicherheitskräfte und des Militärs sind Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, was die Legitimität internationaler militärischer Missionen gefährdet und zu Vertrauensverlusten innerhalb der Gesellschaft Malis führt. Demgegenüber wird die G5 Joint Force Initiative als gemeinsames Projekt der Sahel Staaten allgemein eher positiv wahrgenommen, wenngleich die finanzielle Abhängigkeit der Truppe von ausländischen Regierungen Misstrauen erweckt und an der Nachhaltigkeit der Initiative zweifeln lässt.

Allgemein ist eine Diskrepanz hinsichtlich der Wahrnehmung und des Verständnisses von Sicherheit wahrnehmbar. Während Sicherheit von der internationalen Seite überwiegend militärisch verstanden wird, sind die Sicherheitsbedürfnisse weiter Teile der Bevölkerung weit umfassender und beinhalten z.B. den Zugang zu Grunddiensten, Nahrungssicherheit oder den gefahrlosen Besuch von öffentlichen Orten. Vor diesem Hintergrund wird der von der internationalen Gemeinschaft prioritär verfolgte Aufbau von Sicherheitsinstitutionen von der Zivilgesellschaft eher kritisch und allein als unzureichend wahrgenommen.

Daher muss ein Ansatz für die menschliche Sicherheit entwickelt werden. Im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors (SSR) würde die Schaffung eines Konsultationsrahmens zwischen den Verteidigungs- und Sicherheitskräften zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen diesen und der Bevölkerung beitragen.

Jan Fahlbusch, Deutsche Welthungerhilfe e.V.

Die Konsolidierung des Friedens in Mali ist angesichts fortbestehender sozio-politischer, militärischer, ökologischer und ökonomischer Krisen weiterhin eine zentrale Herausforderung. Das Friedensabkommen von 2015 sollte Versöhnung, Stabilität und staatlichen Wiederaufbau ermöglichen, jedoch ist es angesichts seiner schleppenden Umsetzung den Erwartungen bisher nicht gerecht geworden. Weiterhin weist der Friedens- und Versöhnungsprozess auch in Teilen der malischen Bevölkerung ein Legitimitätsdefizit auf, da nicht alle relevanten gesellschaftlichen Akteure in diesen einbezogen wurden.

Für die mangelnden Fortschritte ist zuletzt die Regierung immer stärker auch von den Vereinten Nationen kritisiert worden. Dabei sollte jedoch die Gleichzeitigkeit der komplexen Herausforderungen in Mali nicht unterschätzt werden.

Für eine Entwicklungsperspektive in Mali bedarf es einen handlungsfähigen Staat. Hierfür sind tiefgreifende Reformen des Sicherheitssektors, des Justizwesens und der staatlichen Verwaltung dringend erforderlich. Dies umfasst auch eine konsequente Korruptionsbekämpfung, die Beendigung der Straflosigkeit und den Schutz der Menschenrechte. Eine gute Regierungsführung ist nicht zuletzt auch für die ökonomische Entwicklung und den Kampf gegen Hunger und Armut eine wichtige Voraussetzung. Besonderer Handlungsbedarf besteht auch im Bildungssystem, um der Jugend und jungen Erwachsenen Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Eine wesentliche Aufgabe für die Zukunft liegt darin, das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bevölkerung wiederherzustellen. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn der Staat in der Lage ist, einerseits sein Schutzversprechen gegenüber der lokalen

Bevölkerung einzulösen, und andererseits Grunddienste wie Bildung und Gesundheitsversorgung bereitzustellen. Insbesondere in die ländlichen Räume im Zentrum und Norden des Landes sind staatliche Bedienstete noch nicht flächendeckend zurückgekehrt. In kleineren Ortschaften und Gemeinden ist die Polizei oder Gendarmerie häufig nicht oder nur unzureichend vertreten und kaum in der Lage die Bevölkerung vor bewaffneten Gruppen zu schützen. Besonders besorgniserregend ist die gegenwärtige Eskalation von Gewaltkonflikten im Binnendelta des Niger.

Mit Blick auf die Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft besteht derzeit ein deutliches Missverhältnis zwischen der Bereitstellung von Mitteln für militärische Interventionen und Stabilisierung und Mitteln für eine nachhaltige und umfassende Entwicklung. Letztere müsse jedoch mindestens gleichermaßen von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, um den staatlichen Wiederaufbau zu ermöglichen, die Legitimität des Staates durch funktionierende Institutionen und Dienste zu stärken und vor allem, um die Armutsbekämpfung - auch im Sinne einer Friedensdividende - zu forcieren.

Daher muss ein Ansatz für die menschliche Sicherheit entwickelt werden. Im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors (SSR) wird die Schaffung eines Konsultationsrahmens zwischen den Verteidigungs- und Sicherheitskräften (FDS) zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Verteidigungs- und Sicherheitskräften und der Bevölkerung beitragen.

Kernpunkte der Diskussion

- Transparenz und Rechenschaftspflicht werden in Mali häufig vernachlässigt. Eine ausgewogenere Mittelverteilung zwischen Sicherheits- und Entwicklungsvorhaben ist notwendig. Angesprochen wurde u.a. ein Bericht des EU-Rechnungshofes über die Aktivitäten der EU in Mali, der unklare Zielsetzungen und Bewertungsmaßstäbe kritisiert.
- Ebenfalls aufgeworfen wurde die Frage der Effizienz bilateraler Entwicklungszusammenarbeit innerhalb fragiler Kontexte. Betont wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, stärker auf lokale zivilgesellschaftliche Akteure zu setzen, die in fragilen Kontexten häufig besser in der Lage sind, direkte Hilfe leisten zu können.
- Lokaler Sicherheitsstrukturen sowie lokale Akteure, die Mediatoren-Funktion übernehmen können, sollten stärker (bzw. überhaupt) in den Friedens- und Versöhnungsprozess einbezogen werden, da sie den lokalen Kontext (einschließlich der Gewaltakteure) besser kennen als externe Sicherheitskräfte
- Der im Friedensvertrag verankerte DDR-Prozess (Disarmament, Demobilization, Reintegration) hat nicht zu weniger, sondern mehr bewaffneten Auseinandersetzungen geführt, da der Waffenbesitz als „Eintrittskarte“ zu attraktiven Reintegrationsangeboten gilt; außerdem erreicht man damit nicht die djihadistischen Terrorgruppen, diese weichen ins schwer kontrollierbare Niger-Binnendelta aus.
- insgesamt wurde der Friedensprozess bisher nicht ernsthaft genug durch die internationale Gemeinschaft unterstützt, es gibt eine Diskrepanz zwischen Rhetorik und Umsetzung.

Schlussfolgerungen

- § Das Beispiel Malis zeigt, dass es ein grundlegender Fehler der internationalen Gemeinschaft ist, bei der Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausschließlich auf die Zentralregierung zu setzen. Strategien zum Aufbau eines staatlichen Gewaltmonopols sind auch auf zivilgesellschaftliche Unterstützung und Vertrauen in staatliche Strukturen angewiesen. Internationale Unterstützung muss daher Rechenschaftspflicht und Menschenrechtskonformität dieser Institutionen einfordern. Ebenso in den Blick genommen und in Friedensbildungsprozesse einbezogen werden müssen lokale Akteure und Eliten, z.B. religiöse Vertreter und Dorfälteste, Zivilgesellschaft, aber auch Mitglieder extremistischer Gruppen.
- § Die Stärkung lokaler Strukturen mit entsprechenden Entscheidungsbefugnissen kann zur Dezentralisierung und Entmilitarisierung von Sicherheit beitragen.
- § Es müssen mehr Anstrengungen beim Aufbau und der Stärkung von regionalen Gebietskörperschaften mit dezentralen Verwaltungsstrukturen unternommen werden.

Länderfokus Niger

Einführende Vorträge

Maimou Wali, Cercle de Réflexion et d'action pour un Développement Local Innovant

Frau Wali hat im Vorfeld der Fachkonferenz eine Studie zum Thema „Perspektiven der Jugend in Agadez auf die Auswirkungen der europäischen Migrationspolitik in Niger“ durchgeführt. Vor allem auf junge Menschen, die einen Großteil der Bevölkerung ausmachen, haben die durch internationale Akteure und die nigrische Regierung initiierten Maßnahmen große Auswirkungen. Die Region Agadez durchlebte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere sicherheitspolitische und ökonomische Krisen, erfuhr aber nach dem Fall Gaddafis sowie den Aufständen in Nord-Mali wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung, als sich die Migrationsroute nach Libyen durch Niger etablierte. Dienstleistungen (Transport, Unterkunft, Versorgung) für MigrantInnen stellten die Haupteinnahmequelle vieler Menschen in der Region dar. Gleichzeitig geriet Niger unter zunehmenden Druck der EU, Migrationsbewegungen Richtung Europa zu unterbinden, obwohl NigrerInnen nur einen kleinen Anteil der Wanderungsbewegungen ausmachen. Am 26. Mai 2015 wurde das Gesetz 2015-36 durch die nigrische Regierung verabschiedet und umgehend, ohne vorherige Sensibilisierung der Bevölkerung, implementiert. Dieses Gesetz hatte zur Folge, dass viele der angebotenen Dienstleistungen kriminalisiert und mit hohen Strafen belegt wurden. Es kam zu Verhaftungen, zahlreiche Menschen verloren ihre Einkommensquelle. Als Kompensation gedachte Programme der Regierung und internationaler Partner zur Unterstützung von ehemaligen MigrationsdienstleisterInnen haben bisher kaum ihr Ziel erreicht. Die Betroffenen trauen sich aus Angst vor Kriminalisierung häufig nicht, daran teilzunehmen. Zudem entsprechen Antrags-, Auswahl- und Zuweisungsverfahren der Subventionen oft nicht der lokalen Realität und berücksichtigen die Bedürfnisse der AnspruchstellerInnen nur unzureichend. Viele der ehemaligen DienstleisterInnen sind AnalphabetInnen und erhalten keine Unterstützung bei der Antragstellung. Vor allem die Hauptakteure im „Migrationsgeschäft“, die Auto- und „Ghetto“-Besitzer (VerwalterInnen von Unterkünften), wurden bei Kompensationsleistungen übergangen, sie werden als Kriminelle verfolgt. Profitiert von Unterstützungsleistungen haben oft Menschen, die gar nicht, oder nur am Rande, in dieses „Business“ involviert waren, aber durch klientelistische Beziehungen zu Entscheidern privilegiert Zugang zu den Kompensationsleistungen bekamen.

Deutlich wird dennoch, dass sich junge Menschen vor Ort nicht von den bisher mageren Ergebnissen der alternativen Angebote abschrecken lassen; trotz hoher Frustration sehr engagiert sind und versuchen, sich auf regionaler und überregionaler Ebene einzubringen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Auch greifen nigrische Hochschulen das Thema Migration und deren Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung zunehmend in ihren Forschungen auf.

Dr. Melanie Müller, Stiftung Wissenschaft und Politik,

Frau Dr. Müller präsentiert Ergebnisse ihrer jüngsten Forschungen über innenpolitische Aspekte der Migrationsbewegungen in Niger.

Es scheint, als habe die nigrische Regierung ihre eigenen Interessen denen der EU untergeordnet, denn die im Rahmen der Migrationspartnerschaft ergriffenen Maßnahmen sind nicht im ökonomischen Sinne des Landes. Zwar verschafft die enge Zusammenarbeit mit Europa dem nigrischen Präsidenten Mahamadou Issoufou internationales Ansehen und die damit ebenfalls einhergehende Sicherheitskooperation wird von ihm innenpolitisch als Beitrag zur Bekämpfung der Ausbreitung des Terrorismus sowie des Waffen- und Drogenhandels vermittelt. Die militärische Kooperation mit internationalen Akteuren stärkt die Macht Issoufous. Allerdings sieht ein Teil der nigrischen Bevölkerung die Omnipräsenz ausländischer Truppen und Militärbasen auch zunehmend skeptisch.

Darüber hinaus ist der Norden des Landes, durch die Umsetzung des Gesetzes 2015-36 und die Kriminalisierung von Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen stehen von rückläufigen Einnahmen betroffen. Von Mitte 2016-17 ist die vormals regulär durch Agadez verlaufende Migration um mehr als 70 % zurückgegangen, bis 2018 laut Präsident Issoufou sogar um 85% zurück. Es gibt nur wenige ökonomische Alternativen, zumal v.a. die Stadt Agadez schon Jahre zuvor das Einbrechen des Tourismus als eine Haupteinnahmequelle zu verkraften hatte. Hinzu kam die in 2017 erfolgte Schließung von Goldminen. Die seitens der Regierung und der EU in Aussicht gestellte Kompensation in Form von Infrastruktur- und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, die die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten befördern sollen, greift nur langsam und unzureichend. Auch ist deren Planung meist ohne Einbindung der Bevölkerung und lokaler Autoritäten erfolgt, so dass ein Großteil der Bevölkerung das Gefühl hat, wenig bis gar nicht davon zu profitieren

Das Nicht-Einbeziehen lokaler Akteure bei der Erarbeitung von Lösungen, die hohe Präsenz von Polizei und Militär in der Region sowie die Umsetzung von restriktiven Maßnahmen können langfristig ein Risiko für die Demokratie darstellen. Dies zeigt sich auch daran, dass ein kritischer Umgang mit dem Thema Migration und Sicherheitskooperation in Niger schwierig ist, was auch bei der Forschung zu dem Thema deutlich wird. Einige zivilgesellschaftliche Akteure trauen sich nicht, offen darüber zu sprechen; in Ministerien sind kritische Nachfragen teilweise unerwünscht.

Kernpunkte der Diskussion

- Die Präsenz ausländischen Militärs in Niger wird von der Zivilbevölkerung kritisch gesehen. Es sollten vermehrt Anstrengungen unternommen werden, lokale Akteure sowie nationale und internationale NGOs einzubeziehen, die Expertise zum Themenbereich „Migration“ besitzen. So wäre es möglich, eine gewisse Transparenz herzustellen, denn für die Bevölkerung ist es schwierig, die Interessen und Agenden der verschiedenen Akteure zu überblicken, auch hinsichtlich der Verwendung der durch den EUTF zur Verfügung gestellten Finanzmittel.
 - Jedoch scheint ein öffentlicher Diskurs in den nigrischen Medien diesbezüglich kaum möglich. Beispielsweise wurden Personen, welche das Gesetz 2015-36 öffentlich kritisieren, wiederholt bedroht oder verhaftet.
 - Die europäische Migrationspolitik beeinträchtigt die durch die ECOWAS garantierte Freizügigkeit von Personen. Spätestens seit der Einführung des Gesetzes 2015-36 ist dies massiv spürbar. Als Antwort auf die Einschränkungen, die StaatsbürgerInnen anderer ECOWAS-Staaten in Niger widerfahren, werden auch nigrische StaatsbürgerInnen bei Reisen in der Subregion gezielt eingeschränkt.
 - Der Ausblick auf die im Jahr 2021 anstehenden Wahlen wirft seine Schatten voraus. Es wird vermutet, dass überwiegend Themen auf die politische Agenda gesetzt werden, die mehr den Erwartungen internationaler Partner entsprechen, als den Bedürfnissen der nigrischen Bevölkerung gerecht zu werden. KritikerInnen bemängeln, dass die nigrische Regierung alles tue, um ihre internationale Reputation zu erhöhen und innenpolitische Probleme mit außenpolitischen Lösungen angegangen werden.
 - Die Zerstörung legaler Einkommensquellen führt dazu, dass ein Teil der ehemaligen „MigrationsdienstleisterInnen“ nun als Schmuggler oder Schleuser arbeitet. Der ökonomische Niedergang zieht viele soziale Probleme in der Region Agadez nach sich. Es besteht die Sorge, dass die Frustration der Bevölkerung zur Unterstützung einer erneuten Rebellion führen könnte, sowie dass junge Menschen vermehrt von djihadistischen Gruppierungen angeworben werden. Lediglich die Erinnerungen an die sehr negativen Konsequenzen früherer Tuareg-Rebellionen in der Region (v.a. wirtschaftlicher Kollaps durch Einbruch des Tourismus) hält die Bevölkerung momentan davon ab, erneut zu rebellieren.
 - Migration wurde in Niger bis dato immer als etwas Positives wahrgenommen und war Bestandteil der lokalen Ökonomie. Heute bringt die Mithilfe nigrischer Institutionen bei der Eindämmung von Migration zwar Anerkennung in der internationalen Politik, hat jedoch negative Konsequenzen für die Bevölkerung. Die Bevölkerung Nigers hat zunehmend den Eindruck der Ablehnung durch Europa, in der Konsequenz werden selbst positive Projekte nicht wahrgenommen.
 - Es wird in Frage gestellt, ob man Sicherheit wirklich mit repressiven Maßnahmen, wie der Schließung von Grenzen, erreichen kann, was in Niger von Seiten der Politik oft als Rechtfertigungsinstrument vorgebracht wird.
-

Schlussfolgerungen

- § Der nigrische Staat sollte seine politische Agenda vor allem im Hinblick auf die im Jahr 2021 anstehenden Wahlen an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ausrichten und nicht den Erwartungen internationaler Partner unterordnen. Diese wiederum sollten dies respektieren und positive Entwicklungsbemühungen des nigrischen Staates besser anerkennen und unterstützen;
- § Statt Migration zu kriminalisieren, muss der Schwerpunkt internationaler Akteure auf die Förderung von Freizügigkeit und Mobilität durch Schaffung regulärer Zugangswege gelegt werden. Die Bereitstellung von Erwerbsalternativen und Anreizen für diejenigen, die als DienstleisterInnen im Migrationsgeschäft tätig waren, kann ein hilfreicher Unterpunkt, aber kein Ersatz für die Schaffung legaler Migrationswege sein. Diese Verantwortung müssen internationale Akteure übernehmen und deren Umsetzung maßgeblich vorantreiben.

Länderfokus Tschad

Einführende Vorträge

Baldal Oyamta, Ligue Tchadienne des Droits de l'Homme

Im Tschad wird seit 2003 Erdöl gefördert. Die Weltbank-Kredite dafür wurden unter der Bedingung vergeben, dass Gewinne in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Militär fließen. Die entsprechenden gesetzlichen Abkommen wurden kurz nach Förderbeginn vom Tschad wieder abgeändert; Militär und prestigeträchtige Infrastruktur-Projekte waren die einzigen Bereiche, die finanziell profitierten. In Folge des starken Abrutschens des Erdölpreises (2015) wurden die Gehälter der StaatsbeamtInnen gesenkt, Schulen und Gesundheitseinrichtungen geschlossen und es kam und kommt immer wieder zu Streiks. Das Land befindet sich in einer sozio-ökonomisch prekären Lage, die besonders auf das Leben von Frauen und Kindern negative Auswirkungen hat. Die Sicherheitslage im Tschad wird vor allem durch die Nachbarländer (Libyen, Kamerun, Niger, Zentralafrikanische Republik) bestimmt. Die Gegend um den Tschad-See ist zu einem rechtsfreien Raum mit dem Militär als Machthaber geworden. Vertreibung durch Militär oder Boko Haram ist an der Tagesordnung. Einkommensschaffende Aktivitäten wie Fischerei und Viehzucht sind kaum mehr möglich. Spannungen und Konflikte innerhalb der Dörfer und Gemeinschaften, vor allem um Wasser, sind Alltag. Die Handlungsspielräume der Zivilbevölkerung sind nahezu komplett eingeschränkt: keine freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Demonstrationsverbot, eingeschränkte Bewegungsfreiheit. Die alltägliche Arbeit von NGOs wird durch zunehmende Reglementierungen wie Gesetze und Verordnungen erschwert („shrinking space“). Seit 1½ Jahren ist im Tschad die Nutzung sozialer Netzwerke im Internet verboten. Im Mai 2018 hat der Präsident die 4. Republik ausgerufen, welche die Macht des Präsidenten weiter ausbaut (z.B. durch den Wegfall des Postens eines Premierministers). Über 40 neue Gesetze wurden erlassen, von denen viele eine Kontrolle und Einschränkung der Zivilbevölkerung zum Ziel haben, indem sie mit repressiven Maßnahmen drohen. Aktuell formieren sich in mehreren peripheren Regionen neue Rebellengruppen (Süd- und Ost-Tschad, sowie in Südlibyen).

Carole Sambale, Freie Gutachterin

Im Rahmen einer Studie wurden Mitte 2018 Interviews und Gespräche mit ca. 30 TeilnehmerInnen aus Zivilgesellschaft, Medien und Forschungseinrichtungen geführt. Diese belegen, dass Migration aus dem Tschad (nach Europa) keine große Bedeutung hat; die (junge) Bevölkerung möchte in ihrem Land bleiben, aber unter anderen Lebensbedingungen; Migration ist zumeist regional (auf die Nachbarländer) und temporär begrenzt. Die GesprächsteilnehmerInnen bewerten die aktuelle Lage als so schlecht wie noch nie zuvor. In der Vergangenheit war eine Anstellung im Staatsdienst - dank der Öleinnahmen finanziell abgesichert - attraktiv. Heute (durch den Wegfall der Öleinnahmen ist eine Anstellung im Staatsdienst nicht mehr realistisch) bleibt als mögliche Alternative für die nicht zum klientelistischen Netzwerk der Machthaber gehörende Bevölkerung häufig nur die Landwirtschaft als Einkommensquelle. Die dort erzielbaren Einkommen sind – für einen Großteil der Bevölkerung - allerdings sehr gering und reichen kaum zum Überleben: in den letzten 20 Jahren haben keine Investitionen stattgefunden, und es gibt eine starke Degradierung der Böden (kleine Landstücke, nährstoffarm, Einfluss des Klimawandels). Nur ein kleiner Teil der Landesfläche im Süden des Tschads ist landwirtschaftlich produktiv nutzbar, diese Gebiete sind zunehmend von Ressourcenkonflikten v.a. zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern betroffen. Eine saisonale Migration von Pastoralisten vom trockeneren Norden in den Süden und wieder zurück findet aufgrund von klimatischen Veränderungen und infolge des Bürgerkriegs in der Zentralafrikanischen Republik (traditionelle Weide- und Verkaufsrouten) in geringerem Umfang statt; Viehherden bleiben ganzjährig im Süden des Tschads. Zudem haben sie sich massiv vergrößert, seit Eliten (aus Militär, Politik, und Handel) zunehmend in Vieh investieren. Der Ansatz der internationalen Gemeinschaft, Jugendliche im Bereich Unternehmertum zu fördern, ist aufgrund der schlechten schulischen Vorbildung, fehlendem Zugang zu Krediten und hohen bürokratischen Hürden und behördlicher Willkür nur sehr bedingt erfolgreich. Durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit bestehen hochgradige Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb familiärer Strukturen. Der Mangel an Perspektiven könnte in naher Zukunft zu einem starken Anstieg der Migration aus dem Tschad führen.

Kernpunkte der Diskussion

- Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen für Pastoralisten investieren Potentaten des Regimes zunehmend in große Viehherden, die sie auf Wanderschaft schicken. Da diese im Land verbleiben, wird der Flächenmangel verstärkt und die Preise gesenkt. Die Viehherden werden durch Personen begleitet, die von den Besitzern bewaffnet werden. Dadurch mehren sich zusätzlich die Konflikte zwischen Pastoralisten und Bauern. Unter den „neuen“ Viehbesitzern handelt es sich zu 80% um Militärgehörige, der Rest sind Händler. Sie haben nichts mit den ursprünglichen Viehbesitzern zu tun.
 - Eine große Zivilbevölkerung steht einer kleinen elitären Gruppe von Déby-Vertrauten (der „Schicht der Unberührbaren“) gegenüber, die sich die Gesetze nach eigenem Gusto zurechtlegen und den maximalen Profit vor Augen haben.
 - Handlungsoptionen der Zivilgesellschaft unterliegen massiven Einschränkungen der Bewegungs- und Meinungsfreiheit durch Kontrollmechanismen des Staatsapparats und erschweren ihre Arbeit.
 - Das Sicherheitsverständnis der lokalen Bevölkerung unterscheidet sich von einer europäischen Sichtweise, die zuerst „militärische Sicherheit“ im Blick hat. Internationale militärische Präsenz sorgt in den Augen weiter Teile der Bevölkerung eher für mehr Unsicherheit: Für die lokale Bevölkerung bedeutet Sicherheit den Zugriff auf Nahrung, Gesundheitssysteme und Bildungseinrichtungen und die Freiheit, ihre Arbeit unbehelligt auszuüben.
 - Der European External Action Service (EEAS) fordert die Regierung zum Dialog mit der tschadische Zivilgesellschaft auf, allerdings gibt es dafür kaum Möglichkeiten, die Regierung will die Zivilgesellschaft nicht anhören.
-

Schlussfolgerungen

- Die internationale Gemeinschaft soll das gesamte Land betrachten und vor allem zu einer Strukturveränderung der Gesellschaft beitragen, statt sich auf humanitäre Hilfe zu beschränken. Ein besonderer (aber nicht ausschließlicher) Fokus sollte dabei auf der Region des Tschad-Sees, als Dreh- und Angelpunkt für die positive Entwicklung des Landes liegen.
- Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Präsidenten Déby ist notwendig; im Moment sollte es keine Wiederaufnahme der bilateralen EZ zwischen Deutschland und dem Tschad geben; alle Gelder, die im Rahmen der Übergangshilfe fließen, müssen an Bedingungen geknüpft sein, diese müssen nachgehalten werden, um Zweckentfremdung vorzubeugen.
 - es wäre wünschenswert, wenn die deutsche Regierung im Rahmen bilateraler Gespräche ihren Einfluss auf den tschadischen Staat nutzen würde; dazu muss die deutsche Regierung jedoch eine eigene Position entwickeln und ein Gegengewicht zum französischen Einfluss aufbauen.
- Nachhaltige Schulungen von Justiz und Sicherheitskräften, sodass diese tatsächlich Strukturen verändern und im Sinne der tschadischen Bevölkerung agieren können, wären dringend erforderlich. Dies ist bei den aktuell bestehenden Schulungen nicht der Fall.
- Die Integration der Jugend in alle EZ-Maßnahmen ist unabdingbar.
- EZ sollte stärker auch die Resilienz der Gemeinden fördern; eine fundierte Analyse des lokalen Kontexts und der Bedürfnisse der Bevölkerung ist dafür unerlässlich.
- Im Tschad müssen wirksame Kontrollmechanismen etabliert werden, die sicherstellen, dass die Maßnahmen der Basis der Gesellschaft und den Bedürftigen zugute kommen. NGOs könnten eine wichtige Rolle beim Monitoring dieser Prozesse spielen und es wäre wünschenswert, dass die EU dies bei ihrer Mittelvergabe berücksichtigt.

Brennpunktveranstaltung

Moderation Christian Jakob (taz)

Maimou Wali (CERCLE.DEV Niger)

Grit Lenz (Fokus Sahel)

Dr. Frithjof Schmidt MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

Botschafter Robert Dölger (Auswärtiges Amt)

Dr. Gilles Yabi (Wathi Think Tank)

Kernpunkte der Podiumsdiskussion

- Um wessen Sicherheit geht es? Allzu oft wird im politischen Diskurs der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten unterstellt, dass politische, militärische und polizeiliche Strategien gemeinsamen Sicherheitsinteressen dienen. Die Fachtagung hat gezeigt, dass dies nicht zutrifft, bzw. dass die Sicherheitsinteressen der Bevölkerungen in den Sahelstaaten keineswegs einfach mit den europäischen Interessen gleichzusetzen sind. Teilweise geraten diese sogar in Konflikt miteinander, etwa, wenn EU-Staaten im Dienst der Migrationsabwehr mit Regimen kooperieren und Gewaltapparate unterstützen, die nicht in der Lage sind, Sicherheit für lokale Bevölkerungen zu garantieren und Menschenrechte zu respektieren.
- Deutschland ist ein wichtiger Akteur im Sahel, aber seine Rolle hat sich geändert: zunächst waren friedensstiftende Maßnahmen im Fokus, jetzt steht die Migrationspolitik im Zentrum. Da auf diese Weise ein ähnlicher Weg eingeschlagen wurde, wie ihn auch Frankreich verfolgt, wird das deutsche Engagement in der Region deutlich negativer gesehen. Der Fokus auf Migration befördert die Militarisierung der ganzen Region. Stattdessen sollten lokale Lösungen in den Blick genommen werden.
- Bei Betrachtung der Verteilung europäischer Mittel wird deutlich, dass insbesondere Migrationskontrolle und –bekämpfung gefördert wird. Der innerhalb Europas geführte Diskurs zu Sicherheit schlägt sich auch in der Außenpolitik nieder. In der Konsequenz wird die Freizügigkeit der ECOWAS durch verschärfte Kontrollen vor Ort erheblich eingeschränkt, doch nicht alle Menschen haben Ausweispapiere, Pastoralisten und KleinhändlerInnen sind besonders betroffen. Insgesamt ergeben sich erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort, Korruption wird durch diese Politik wiederum gefördert. Die Entwicklungsgelder fließen an Geberinteressen orientiert - gleichzeitig hat Niger als Schlüsselland in der Region aber auch selbst internationale Unterstützung gefordert (und erhalten).
- Die Bedürfnisse der Bevölkerung sind ganz anders gelagert. Sie begreifen Sicherheit nicht nur oder in erster Linie als bewaffneten Schutz, sondern eher im Sinne dessen, was im Kontext der Vereinten Nationen mit „menschlicher Sicherheit“ umschrieben wird. Relevante Themen sind hier Bildung und Gesundheit. Unrechtserfahrungen, wie z.B. Korruption führen womöglich zu Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft. Hier könnte die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle spielen, um die lokale Bevölkerung zu erreichen, politischen Konsens zu vermitteln und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Sie sollte daher maßgeblich auf allen Ebenen eingebunden werden
- Das Sicherheitsproblem im Sahel wurde vor allem durch die Einwanderung von Dihadisten aus Afghanistan und den Zusammenbruch Libyens befördert. Es wird aber durch die aktuelle Politik zusätzlich verschärft. Für künftige Friedensprozesse bedarf es immer einer fundierten Analyse des Gegenübers, insbesondere dann, wenn Kooperationen mit staatlichen Gewaltapparaten eingegangen werden. Es ist zentral, den militärischen in einen politischen Prozess umzuwandeln.
- Die Menschenrechtsverletzungen durch die malische Armee, bzw. die G5 Sahel Joint Forces müssen genau untersucht und eine mögliche Verantwortung der internationalen Gemeinschaft aufgearbeitet werden. Darüber hinaus muss eruiert werden, inwiefern Menschenrechtsfragen in der Zusammenarbeit mit malischen Sicherheitsinstitutionen ausreichend Berücksichtigung finden.
- Ein Ende der durch Frankreich dominierten Politik in der Sahelregion zugunsten einer gesamteuropäischen Politik mit neuen Schwerpunktsetzungen ist bisher nicht in Sicht. Der militärische Fokus der Geldflüsse, insbesondere zugunsten von G5, zeigt den Widerspruch zwischen Papier und Realität auf: Auf dem Papier sind die Gelder ausgewogen verteilt. Der Abgleich mit der Realität macht jedoch deutlich, dass die Militarisierung und Versicherheitlichung von Migrations- und Entwicklungspolitik den aktuellen Fokus europäischer Politik mit Bezug auf die Sahelregion wesentlich prägt.

Aus der Diskussion lassen sich folgende Empfehlungen ableiten:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sollten sich

- § für eine Entkonditionalisierung von Entwicklungshilfe an die Umsetzung von Maßnahmen der Migrations- und Sicherheitspolitik einsetzen und sicherstellen, dass Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nicht zur Kontrolle oder Verhinderung von Migration oder zum Ausbau von Polizei und Militär verwendet werden
- § in ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Sahel den Fokus auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Gesundheit, Ernährung, Bildung und Demokratieförderung) legen, weil Investitionen in diese Bereiche die Basis für langfristigen Frieden und Sicherheit in der Sahelzone und in Westafrika bilden;
- § sich für die Entwicklung einer fairen Außenwirtschafts- und Handelspolitik einsetzen; und eine wirtschaftliche Kooperation anbieten, die auf realistischen Ausgangsdaten beruht, damit sich die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur in der Sahelregion langfristig verbessert;
- § sich für eine faire Klima- und Umweltpolitik einsetzen, Landgrabbing entgegenwirken, Ressourcenkonflikten vorbeugen und gezielt Regionen fördern, die durch die Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen sind;
- § auch für Menschen aus der Sahel-Region für legale Zugangsmöglichkeiten zum europäischen Arbeitsmarkt einsetzen;
- § sich in ihrer Migrationspolitik stärker an einer Zusammenarbeit mit ECOWAS orientieren, und dabei bestehende Regelungen und Gesetze (z.B. die Personenfreizügigkeit innerhalb der ECOWAS) achten und auf eine regionale Kooperation setzen
- § eine kontinuierliche, detailgenaue und kontextspezifische Prüfung aller militärischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen vornehmen, um Anreize für neue paramilitärische Gruppierungen, der Verbreitung von Waffen und Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und diese nicht noch zu begünstigen;
- § für eine konsequente Einbindung der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen und in allen genannten Politikfeldern einsetzen.